

Nein zu Sparplänen

Von Hauke Enzenauer

13. September 2023, 21:10

News allgemein

Kürzungen bei der Migrationsberatung gehen in die falsche Richtung



AWO, Caritas, Diakonie, Internationaler Bund und Jüdischer Wohlfahrtsverband erhalten in ihrer Kritik an den Sparplänen der Bundesregierung Zustimmung von MdB Helge Lindh.

Wenn im Bundeshaushalt an der Arbeit für und mit Migranten und Geflüchteten der Rotstift angesetzt wird, hat das dramatische Folgen für die Integrationsarbeit auch in Wuppertal. In der Stadt leisten Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, Internationaler Bund und Jüdischer Wohlfahrtsverband Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) beziehungsweise Jugendmigrationsarbeit (JMD) und zeichneten zum bundesweiten MBE-Aktionstag am 13. September ein düsteres Bild für die Zukunft ihrer Arbeit in Wuppertal.

Konkret seien durch die im Raum stehenden Kürzungen des Bundes in Wuppertal etwa drei von bisher neun Vollzeitberatungskräfte betroffen, die jeweils jährlich circa 230 Personen erreichen. In einer gemeinsamen Erklärung der Migrationsdienste heißt es: „Das bedeutet, dass in Wuppertal fast 700 neuzugewanderte Personen durch das Netz fallen werden.“ Hinzu komme die Streichung der sogenannten Empowerment-orientierten Projekte, die Migranten befähigen sollen, in hiesigen Strukturen aus eigener Kraft Fuß fassen zu können.

Einhellig kritisieren die Beratungsdienste auch die vorgesehene vollständige Streichung des Programms „Respekt Coaches“ zur Rassismus- und Extremismusprävention an bundesweit über 270 Schulen. Von solchen Angeboten politischer Bildungsarbeit haben in den letzten vier Jahren in Wuppertal über 1000 Schülerinnen und Schüler profitieren können. Die Beratungsdienste erklären dazu: „Der Abbau demokratiefördernder Strukturen und Programme durch die Bundesregierung erscheint dabei vor dem Hintergrund der aktuellen Erstarkung rechtsextremer Parteien mehr als fragwürdig.“

Mit dem Wuppertaler SPD-Bundestagsabgeordneten hoffen die Wuppertaler Beratungsträger einen Fürsprecher in Berlin zu haben. Lindh, der einer Einladung zum Gespräch anlässlich des MBE-Aktionstages gefolgt war, schloss sich der Meinung der Wuppertaler Migrationsexperten an: „Wir brauchen die Angebote der Migrationsdienste gerade auch in Wuppertal, weil sie dafür sorgen, dass Migrantinnen und Migranten hier Fuß fassen und selbstbestimmt, in Kenntnis ihrer Rechte und Chance, leben können. Kürzungen bei der Migrationsberatung in Zeiten erheblicher und sehr unterschiedlicher Migration von Flucht bis Fachkräfteeinwanderung gehen in die genau falsche Richtung. Gute, zielgruppenspezifische Beratung dient dem sozialen Frieden, fördert Integration und macht sowohl humanitär als auch volkswirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch Sinn. Ich habe selbst das neue Chancen-Aufenthaltsrecht und die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung ausverhandelt. Damit diese Verbesserungen nicht nur Buchstaben bleiben, sondern Realität werden, muss eine hinreichende Finanzierung sichergestellt sein.“

Foto:

Gemeinsam formulierten die Träger der Migrationsberatung in Wuppertal ihre Kritik an den Sparplänen der Bundesregierung und erhielten Zustimmung von SPD-Bundestagsabgeordnetem Helge Lindh. Auf dem Bild von links: Hlalia El Yaouti, Migrationsberatung, Kreisverband AWO Wuppertal, Yvonne Warsitz, Respekt Coach, Internationaler Bund, Dr. Oxana Fuchs, Betriebsstättenleitung, Internationaler Bund, Fabio Larosa, Jugendmigrationsdienst, Internationaler Bund, Frank Gottsmann, Geschäftsführer, Kreisverband AWO Wuppertal, Anita Dabrowski, Leitung Fachdienst für Migration und Integration, Caritasverband Wuppertal/ Solingen, Helge Lindh MdB, Elena Chamaev, Migrationsberatung, Jüdischer Wohlfahrtverband Wuppertal/Solingen.